

Die Außenpolitik der DDR - Plädoyer für ein neues Forschungsfeld

Oliver Bange

Ein neues Forschungsfeld und dann ausgerechnet zur DDR-Geschichte, wird sich mancher Leser fragen. Wo doch die ostdeutschen Quellen zumeist seit über zehn Jahren zugänglich sind, die Erforschung staatlicherseits bestens gefördert wurde und die literarischen Endprodukte mittlerweile Bibliotheken zu füllen scheinen. Die Antwort mag verblüffen: Die Außenpolitik der DDR ist noch weitgehend eine historische terra incognita, der Forschungsstand erinnert nicht zufällig an die Seekarten der frühen Neuzeit, die sagenumwobene neue Erdteile skizzieren, inklusive der darin hausenden Ungeheuer. Die Umrisse sind stellenweise schon vermessen und wo nicht, hilft die Phantasie der Zeichner den Zwischenraum zu füllen. Aber landeinwärts hört die Gebietskenntnis schon nach wenigen Kilometern auf, es sei denn, dass wagemutige Expeditionen, zumeist entlang von Flüssen, eine Bresche in die Welt der Unwissenheit geschlagen haben. In unserem Fall sind die Umrisse natürlich gleichbedeutend mit den wenigen Übersichtswerken, die zur DDR-Außenpolitik bislang erhältlich sind (Joachim Scholtyseck (2003), Ingrid Muth (2000), Benno-Eide Siebs (1999))¹. Aus dem einen oder anderen Grund – hier Dokumentenarmut, dort einseitige Perspektive, oder gleich beides zusammen – ist hier wie bei den alten Seekarten noch beträchtliche Vorsicht in der Anwendung angesagt. Angesichts des breiten Mangels an wissenschaftlichen Vorarbeiten und Detailstudien muß man sich allerdings auch ehrlicherweise fragen, wo eine solch fundierte Übersicht in absehbarer Zeit herkommen sollte. Auffallende Ausnahmen zu dieser generellen Feststellung boten bislang nur die Forschungen zur DDR-Außenpolitik in Afrika, gegenüber Israel und der Sowjetunion. Und auch hier ist das Terrain alles andere als abgedeckt und wenn, dann häufig noch nicht von Historikern bearbeitet worden (zu Afrika siehe etwa die Werke der Hamburger Afrikanisten Ulf Engel, Ilona und Hans-Georg Schleicher (1997 und 1998), Gareth Winrow (1990), Harald Möller (2003), Ulrich van der Heyden (1993); die Darstellungen der bilateralen Beziehungen zu Israel und der Sowjetunion leiden durchweg am recht einseitigen Quellenzugriff)². In dieser Situation versprechen einige Neuerscheinungen lang ersehnte "Inroads" (um im Bild der englischen Kolonialsprache zu bleiben) entlang mancher noch nicht erforschter bilateralen Verhältnisse zu schaffen.³ Henning Hoff und Hans-Georg Golz haben Monographien und Arnd Bauerkämper eine Aufsatzsammlung zu "Großbritannien und die DDR" bzw. "Britain

¹ Joachim Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR, München 2003; Ingrid Muth, Die DDR-Außenpolitik 1949-1972 - Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000; Benno-Eide Siebs, Die Außenpolitik der DDR 1976-1989 – Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.

² Ulf Engel und Hans-Georg Schleicher, Die beiden deutschen Staaten in Afrika – Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1998; Ilona und Hans-Georg Schleicher, Die DDR im südlichen Afrika – Solidarität und kalter Krieg, Hamburg 1997; Gareth Winrow, The Foreign Policy of the GDR in Africa, Cambridge 1990; Ulrich van der Heyden (Hrsg.), Die DDR und Afrika – Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Münster 1993; des weiteren zwei kurze Dokumentationsbände von Harald Möller, DDR und Äthiopien – Unterstützung für ein Militärregime 1977-1989, sowie DDR und VR China – Unterstützung der VRCH auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet 1949-1964, beide Berlin 2003.

³ Über die hier besprochenen Neuerscheinungen hinaus sind in den letzten Jahren weitere "Inroads" zu den Verhältnissen DDR-Italien und DDR-Schweiz erschienen: Charis Pöthig, Italien und die DDR – Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980, Frankfurt/M 2000; Johannes Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949-1973, Frankfurt/M 2001; Therese Steffen-Gerber, Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz – Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949-1972, Berlin 2002.

and the GDR" herausgebracht, Ulrich Pfeil hat den von ihm edierten Sammelband von 2001 ("Die DDR und der Westen") um eine lesenswerte Monographie zum Verhältnis DDR-Frankreich ergänzt; und Kerski/Kotula/Wóycicki editierten die vielschichtigen Beiträge einer Konferenz zur "zwangsverordneten Freundschaft" zwischen der DDR und Polen. Doch der programmatische Anspruch der Titel ("Großbritannien und die DDR", "Die DDR und Frankreich", "Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen") täuscht, ja *muß* angesichts normaler Buchumfänge täuschen: Von einer umfassenden Darstellung der bilateralen Beziehungen kann in keinem der Bände die Rede sein, und selbst bei einer Verengung der historischen Forschung auf die rein diplomatische Ebene (die die Bände von Bauerkämper und Pfeil dankenswerterweise zu durchbrechen versuchen) kann bestenfalls die Wiedergabe einer Ausschnittswirklichkeit konstatiert werden.

Nirgends ist dies offensichtlicher als bei Henning Hoff. Schon mit dem Titel stellt sich die Frage, wie man die Geschichte der ostdeutsch-englischen Beziehungen schreiben kann, ohne auch auf die Politik der Bundesrepublik detailliert einzugehen. Es geht – eigentlich – nicht, bis auf die Tatsache, dass Hoff genau dies versucht und dabei im Grunde genommen trotz aller Detailfülle scheitert. Dabei konstatiert der Autor noch im Vorwort selbst die "Wirkungsmächtigkeit" der westdeutschen Nichtanerkennungspolitik, ohne jedoch auf den nächsten knapp 500 Seiten auf derartige Bedenken noch einmal Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich handelt es sich in der Untersuchung von Hoff vornehmlich um eine Darstellung der handelspolitischen Kontakte zwischen Ostberlin und London. So sind die im Halbdunkel des Kalten Krieges operierenden, semi-offiziellen handels- und informationspolitischen Vertretungen der DDR in Großbritannien, wie KfA Ltd, Berolina Travel, Debrig (Deutsch-Britische Gesellschaft der DDR), Bridge (Britain-Democratic Germany Information Exchange), oder das britische "Council for the Recognition of the GDR", die wahren Helden des Buches.

Hoff unterteilt die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Anerkennung der DDR durch die britische Regierung 1973 in fünf Phasen, die allerdings sehr ungleichgewichtig behandelt werden. Die Konstruktion der Nichtanerkennungspolitik ist das Leitmotiv für die Zeit bis 1955; erste Divergenzen zur Hallstein-Doktrin bestimmten die Jahre 1955-58 (etwa durch die Forderung der – allerdings in Opposition stehenden – Labour Partei über eine deutsche Wiedervereinigung erst *nach* einer Ost-West-Entspannung zu verhandeln); die Versuche Harold Macmillans, über eine De-facto-Anerkennung der DDR gegen Zugangsgarantien in Berlin die Berlinkrise zu entschärfen, stehen im Mittelpunkt der Jahre 1958-63; und die Zeit von 1963 bis 1969 läuft bei Hoff unter dem Titel "der lange Weg zur Anerkennung". Die äußerst interessante Periode von 1970 bis 1973 (Regierungswechsel von Wilson zu Heath, EG-Beitrittsverhandlungen mit den Franzosen unter Vermittlung von Brandt, die von der Bonner Ostpolitik ausgelöste Dynamik in den Ost-West- aber auch in den transatlantischen Beziehungen) wird hingegen unter dem leicht irreführenden Schlagwort "Anerkennung" auf ganzen 17 Seiten abgehandelt. Für jede der fünf Perioden gibt es zwei Unterkapitel, eins zur britischen und eins zur ostdeutschen Perspektive.

Während in den britischen Teilen vornehmlich aus den Akten des Foreign bzw. Foreign and Commonwealth Office gearbeitet wird, basieren die DDR-Abschnitte auf SED-Politbüroakten zu Handels- und Freundschaftsgesellschaften in Großbritannien. Quellengattungen und Forschungsfokus sind notgedrungen ziemlich unterschiedlich, was wiederum Rückschlüsse auf die gegenseitige Wirkungsgeschichte – den eigentlichen Vorteil eines multiarchivalischen und multinationalen Ansatzes – nahezu ausschließt. Fragen wie welchen Einfluß die handels- und informationspolitischen Gesellschaften der DDR auf die öffentliche Meinung und das Regierungshandeln in Großbritannien (wenn überhaupt) ausübten, oder wie die zwar zunehmend zähneknirschende, aber letztlich doch stets loyale Unterstützung der Hallstein-Doktrin durch wechselnde britische Regierungen die Anerkennungspolitik Ostberlins beeinflusste – harren deshalb weiter der Beantwortung. Auch eine Einordnung von Gründung

und Tätigkeit der DDR-Gesellschaften in größere Wirkungszusammenhänge fehlt. Ideen, Strategien und Ereignisse, die sowohl für die britische wie für die ostdeutsche Regierung von Bedeutung waren, werden häufig ausgeblendet. Die CSSR-Invasion 1968, Ulbrichts großwahn sinnige Idee einer ideologischen Unterwanderung des Westens 1969, das britische Junktim zwischen Ostpolitik und EG-Beitritt, der Streit in Wilsons Kabinett um offizielle DDR-Kontakte von 1966-1970 und Wilsons eigene, stark von ökonomischen Überlegungen gesteuerte Ostpolitik – all dies findet weder bei Hoff noch bei Golz statt. Angesichts des Ausblendens der "großen Politik" scheint der Verzicht auf fast die gesamte Memoirenliteratur (James Callaghan, Tony Crosland, Richard Austin Butler, Tony Benn, Barbara Castle, Denis Healey, Lord Hailsham um nur einige zu nennen) schon fast zu verschmerzen zu sein. Doch der Schein trügt: Benn, Crosland u.a. gehörten zu ausgesprochenen Verfechtern einer Anerkennung der DDR – im Kabinett wie außerhalb – und machten das Leben ihrer Premierminister keinesfalls leichter. Hier hätten Privatpapiere sicher manch Interessantes zu Tage fördern können, doch die Nachlässe von Wilson, Brown, Steward fehlen ebenso wie die Büroakten von Stoph und Ulbricht und die gesamten Ministerratspapiere im Bundesarchiv Berlin; welche Dokumente des DDR-Außenministeriums im Archiv des Auswärtigen Amtes konsultiert wurden, bleibt leider ebenso im Dunkeln. Was aber bleibt nach Abzug bzw. Ausschluß der sogenannten "hohen" Politik? Schon im Untertitel formuliert Hoff sein Fazit: Diplomatie auf Umwegen seien die diversen Wirtschaftsforen und Freundschaftsvereine gewesen, die immer nur im Auftrag, nach Plan sozusagen, und zudem stets im Einbahnstraßenverkehr versucht hätten, Einfluß in Großbritannien zu nehmen. Nach innen wurde hingegen stets abgeschottet und Britanni-interessierten "Normalbürgern" der DDR die Aufnahme in die zuständigen Organisationen verwehrt. Gerade in der "Plan"-mäßigkeit, mit der das Regime versuchte, in Großbritannien Fuß zu fassen, kehrte sich aber laut einem gelungenem Bild Hoffs die innere Schwäche der DDR jetzt nach außen. Übermäßige Bürokratisierung, Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, Kompetenzüberschneidungen, Mangel an Eigeninitiative – neben vorprogrammierten Fehlschlägen dokumentierte sich hier auch die ganze Weltfremdheit des SED-Regimes. Wenn Hoff dann aber bilanziert, daß die Politik oder Diplomatie der "transnationalen" DDR-Organisationen zu dem bis heute oft konstatierten Unbehagen/unease der Briten gegenüber Deutschland und den Deutschen – womit damals die Bundesrepublik gemeint war – beigetragen hat, dann überrascht dies gleich doppelt. Transnational im üblichen wissenschaftlichen Verständnis von Nicht-Staatlichkeit waren diese Organisationen und ihr Wirken, wie der Autor selbst luzide nachweist, ja eben nicht. Und die These, daß ausgerechnet dieser auch für britische Verhältnisse keineswegs attraktiven DDR und ihrem Bürokratie- und Verwaltungssystem ein derartig subtiler Einbruch in die mediale und gesellschaftliche Perzeption der "Deutschen" in Großbritannien gelungen sei, bietet jedenfalls genügend Reibungsfläche für zukünftige historische Forschung zum Thema.

Gegenüber dem umfassenden Anspruch von Hoff wirkt die Beschränkung von Golz auf die Geschichte der britisch-ostdeutschen Freundschaftsgesellschaften (Bridge, Debrig, Britain-GDR Society) ausschließlich auf der Basis von DDR-Quellen bescheiden, auch wenn der Untersuchungszeitraum bis 1990 ausdehnt wurde. In deutlicher methodischer Abgrenzung zu Hoff versucht sich Golz zunächst an einer Erhellung des zeithistorischen Hintergrundes. Exakt die Hälfte seiner Dissertation beschäftigt sich mit der Westpolitik der DDR und den bilateralen Beziehungen zu Großbritannien. Eine deutliche Zäsur setzt Golz – wie auch im zweiten Teil zu den Freundschaftsgesellschaften – mit dem Anerkennungsjahr 1973. Diese Seiten enthalten eine reine Literaturarbeit, ohne dass hier – etwa durch Kombination verschiedener Forschungsansätze – neue Ansichten, Fragen oder Theorien entwickelt werden. Manche Literatur wird nur ungenügend rezipiert (etwa Anne Deightons zentrale These, dass Bevin den Kalten Krieg gegen die unwilligen Amerikaner und Sowjets geradezu konstruiert habe, um u.a. auch die deutsche Teilung zu zementieren), andere, vor allem englischsprachige

Werke erst überhaupt nicht erwähnt (etwa Mary Sarottes Buch "Dealing with the Devil", das immer noch den Stand der internationalen Diskussion über die Westpolitik der DDR darstellt). Schlüsseldokumente zur Einordnung der DDR-Westpolitik in einen größeren Rahmen, etwa die Protokolle des Ständigen Beratenden Ausschusses, des obersten Gremiums des Warschauer Paktes, (die mittlerweile auf der Webpage des Parallel History Projects im Internet für jedermann ohne Archivbesuch zugänglich sind) fehlen vollständig. Bei sechs (!) Originaldokumenten auf 150 Seiten lassen sich diese getrost überblättern. Neues bietet dann der zweite Teil zu den bereits erwähnten Freundschaftsgesellschaften. Während die zwischen 1963 und 1965 gegründeten Debrig und Bridge bis zur Anerkennung der DDR durch London 1973 "eine Art Ersatzaußenpolitik" betrieben und dabei möglichst viele Briten ansprechen sollten, wurden sie nach 1973 aus Sicht der Ostberliner Chefdiplomatie als eher störend empfunden. Organisation und Aktivitäten wurden wieder stärker von Ostberlin bestimmt und dienten vornehmlich der Imagepflege der DDR. Dabei erschöpften sich die Bemühungen der Gesellschaften meist in Kontakten mit ohnehin gleichgesinnten britischen Kommunisten (Golz erwähnt 500 Mitglieder von Bridge in den besten Jahren der Gesellschaft) – und selbst die wurden durch die Arroganz und den Dogmatismus der ostdeutschen Funktionäre häufig eher abgeschreckt als angezogen. Trotz der langatmigen und wenig innovativen Deskription des historischen Rahmens zu Beginn mangelt es an einer überzeugenden Einordnung der Geschichte der Freundschaftsgesellschaften in einen größeren historischen Kontext. 20 Aktenbände – für Zeithistoriker eine erstaunlich geringe Dokumentenbasis – wurden für die Darstellung der Freundschaftsgesellschaften im SAPMO gesichtet, im selben Archiv sämtliche Akten zur DDR-Westpolitik auf höheren Entscheidungsebenen aber ignoriert und andere Archive in Deutschland wie in Großbritannien erst gar nicht bearbeitet. Auch Golz entdeckt, wie könnte es anders sein, den Obrigkeits- und Bewachungsstaat DDR auch in seinen inoffiziellen Außenbeziehungen. Anders als Hoff, der ja seine Analyse 1973 abschließt, konstatiert Golz eine "zunehmende Autonomie" vor allem der schottischen Unterorganisation der Britain-GDR Society und will darin einen Beleg für die Erosion der SED-Herrschaft im Bereich gesellschaftlicher Organisationen zu Ende der achtziger Jahre entdecken. Anders als Hoff gelangt Golz zu der Einsicht, daß gelenkte "Auslandsinformation" und verordnete "Völkerfreundschaft" der DDR keinerlei Einfluß auf das britische Deutschlandbild jenseits des Kleinstkreises aus Sympathisanten ausübte. Wenn dies, wie der Autor behauptet, nach 1973 die "Fortsetzung des Klassenkampfes mit friedlichen Mitteln" im Sinne von Lenins Konzept der "friedlichen Koexistenz" war, hätte sich der Westen jedenfalls nicht weiter fürchten müssen.

Ein wesentlich bunteres Kaleidoskop der britisch-ostdeutschen Beziehungen zeichnen da schon die von Bauerkämper edierten Beiträge zu einer Konferenz aus dem Jahre 2000. Die Aufsätze gliedern sich in drei sowohl an Umfang wie von der Qualität der gebotenen Inhalte sehr unterschiedliche Teile: Studien zur bilateralen Diplomatiegeschichte von 1945 bis 1990; die inoffiziellen Beziehungen zwischen den zwei Staaten (soweit so etwas wie "inoffiziell" in der stets auf Außenwirkung bedachten, autoritären DDR überhaupt gegeben hat); und Perzeptionen und Bilder von einander und ihren möglichen Einfluß auf die Gestaltung der Beziehungen. Aber nicht nur die Inhalte, sondern auch Stil und Quellengrundlage der Aufsätze sind – wie so oft in Sammelbänden – sehr unterschiedlich. Die Einleitung macht den Eindruck, als wenn sie zusammenhalten wolle, was nicht zusammenzuhalten ist – und wirkt deshalb recht bemüht. Eine transnationale Interpretation von Außenpolitik für diese Patchwork-Sammlung zu proklamieren, wirkt doch etwas übertrieben, zumal einzelne Beiträge dieser Theorie auch noch tendenziell zu widersprechen scheinen. So ist eine multinationale, multiarchivalische Arbeitsweise nur in Ausnahmefällen zu konstatieren (Niedhart, Thomas, Hoff) und die dominierende Perspektive, insbesondere was den Diplomatieteil angeht, ist die aus London. Demgegenüber stört der Fakt, dass die Aufsätze teils auf Deutsch teils auf Englisch wiedergegeben sind, kaum – wer an einer akademischen

Aufbereitung des Themas in diesem Lande interessiert ist, dürfte beide Sprachen beherrschen; jenseits des Ärmelkanals mag das schon ganz anders aussehen. Doch Einleitung und fehlendes Schlusswort verpassen die Gelegenheit, einen roten Faden zu spinnen, der hier gleichsam auf dem Tablett geboten wird: Wollten die Briten die deutsche Einheit – oder wollten sie sie verhindern? Noch weit vor der von Kettenacker für 1949 konstatierten Status-quo-Politik des Foreign Office hatte Bevin schließlich die Teilung Europas und insbesondere Deutschlands aktiv betrieben – aus antikommunistischer Einsicht, aber auch aus Furcht vor einem größeren Deutschland und dem drohenden Statusverlust des eigenen Landes. Kipp spricht den sich daraus ergebenden Widerspruch in der britischen Außenpolitik für 1953 deutlich an: Antikommunismus und Anti-Wiedervereinigungspolitik blieben schlecht vereinbar. Doch bereits im nächsten Beitrag zu den Berlin Krisen von 1948 und 1958 weicht Gossel der Frage nach den eigentlichen deutschlandpolitischen Zielen der britischen Regierungen konsequent aus. Daß die, wie man in London damals annahm, "irreversible Teilung" von Nation und Stadt 1961 den Widerspruch in der britischen Politik zumindest temporär zudeckte und unter den Außenpolitikern auf der Insel nicht nur für Abscheu, sondern auch für Erleichterung sorgte, darf angenommen werden. Und der Faden läßt sich durch die folgenden Beiträge munter weiterspinnen. Larres konstatiert die inoffizielle De-facto-Anerkennung der DDR durch London bereits für 1964. Die neue Ostpolitik unter Brandt wurde, so Niedhart, in London als Entschärfung der Anerkennungsfrage mit Erleichterung willkommen geheißen (die offizielle Anerkennung erfolgte 1973). Doch der britische Glaube an die unverrückbare Nachkriegsordnung entpuppte sich als Selbstbetrug. 1989/90 traf die britische Politik völlig unvorbereitete, brachte die tiefliegenden Ängste wieder noch oben und Thatchers Obstruktionspolitik in Sachen Wiedervereinigung führte das Land schnell in die internationale Isolation. In dieses Argumentationsmuster reißen sich auch die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zu den nichtoffiziellen Beziehungen und zur Perzeptionsgeschichte nahtlos ein. Persönliche Kontakte mit deutschen Kommunisten aus der Exilzeit und die verschiedenen Friedens- und Versöhnungsclubs der Nachkriegszeit hielten das Misstrauen gegen die scheinbar ungebrochenen großdeutschen Traditionen in der Bundesrepublik in Londoner Regierungskreisen und der britischen Öffentlichkeit wach. Die westdeutsche Wiederbewaffnung blieb nicht nur für Bevin und Wilson ein wiederkehrender Alptraum. Diese Angst vor dem "Hegemoniedrang Deutschlands" versuchte die DDR-Führung mehr oder weniger geschickt für ihre eigenen Interessen nutzbar zu machen, etwa indem sie sich in der Dresden-Coventry Verbindung als das "bessere" Deutschland darzustellen suchte. Pikanterweise misslang dies nicht so sehr aus eigenem Unvermögen denn aufgrund der länderübergreifenden Kultur des Kalten Krieges. So arbeitet Patrick Major sehr nachvollziehbar heraus, dass sich Germanophobie und Antikommunismus besonders in den anglo-amerikanischen Spionagethrillern in idealer Weise verbanden – und die Wahrnehmung der DDR als Hort des oder der "bösen Deutschen" zementierte.

Fazit: Eine überzeugende, auf umfassenden multiarchivalischen wie multinationalen Forschungen beruhende Darstellung des Verhältnisses DDR-Großbritannien steht nach wie vor aus. Gerade junge Forscher sollten sich von suggestiven Titeln ("Großbritannien und die DDR") nicht davon abhalten lassen, dieses Forschungsdesiderat möglichst bald in Angriff zu nehmen. Angesichts der nicht nennenswerten Zeitzugbefragung bis dato muß man sich allerdings fragen, wieviele solcher verpassten Gelegenheiten sich die Historiographie zur DDR-Außenpolitik noch erlauben kann, bevor wichtige Erkenntnisse für immer verschlossen bleiben (die Zahl der Zeitzugen nimmt schließlich nicht zu). Trotz ihrer Mankos liefern die Monographien von Hoff und Golz einige neue Einsichten, wenn auch nur zu den halbstaatlichen handelspolitischen Einrichtungen bzw. den Freundschaftsgesellschaften der DDR im Vereinigten Königreich, auf die eine zukünftige DDR-Großbritannien Forschung aufbauen kann.

Im Vergleich mit Hoff und Golz wählt Pfeil für seine Geschichte der Beziehungen zwischen DDR und Frankreich einen – auch im Seitenumfang spürbaren – umfassenderen Ansatz. Der Autor versteht die bilateralen Beziehungen zwischen Paris und Ostberlin vom Anfang bis zum Ende der DDR richtigerweise als ein kompliziertes Dreiecksverhältnis, sozusagen eine "ménage a trois" mit Bonn. Konsequenterweise versucht Pfeil die gegenseitigen Einflüsse der bilateralen Verhältnisse durch den jeweils Dritten nachzuspüren. Daß politisch-diplomatische "Nullbeziehungen" in der Praxis bis 1973 dabei keineswegs ein schwarzes Loch bedeuteten (wie Hoff zu suggerieren scheint), wird dabei ebenso widerlegt wie der (bei Golz vermittelte) Eindruck, dass die Freundschaftsgesellschaften bis zur weltweiten Anerkennung der DDR 1973 die Hauptträger einer Ersatzaußenpolitik gewesen wären. In den ersten zwei von drei Kapiteln in Pfeils Buch entsteht daher eine sehr schöne Dichotomie zwischen den diplomatischen und den gesellschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten, in die die Rolle und die Interessen des Dritten, der Bundesrepublik, stets eingearbeitet sind. Was zunächst wie Erbsenzählerei im Zeichen der political correctness aussieht (Theater und Film auf zwei Seiten, Spielfilme auf drei, Historikerkontakte immerhin auf fünf Seiten usw.), entpuppt sich schnell als die eigentliche Stärke des Buches. So arbeitet Pfeil detailliert die Bedeutung des Antifaschismus in den bilateralen Beziehungen heraus: gemeinsame Erfahrungen der Spanienkämpfer, in der Résistance, in der Furcht vor einem neuen deutschen Nationalismus. Dessen Instrumentalisierung und Verkrustung in der DDR, das langsame Aussterben der Beteiligten, der aufbrechende Eurokommunismus und nicht zuletzt der antagonistische Umgang mit dem Prager Frühling führten aber bereits vor der offiziellen Anerkennung 1973 zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen SED/DDR und PCF und den französischen Gewerkschaften. Daß diese Entwicklung auch nach 1973 nicht aufhörte, zeigt der dritte Teil des Buches, der diese Linien bis 1990 fortschreibt. Trotz der jetzt scheinbar unaufhörlichen außenpolitischen Erfolge Honeckers ("von einem Pyrrhus Sieg zum nächsten"), trotz des Unwillens-Mitterrands noch Ende Dezember 1989 die unausweichliche Wiedervereinigung zu akzeptieren – hatten die Westbeziehungen der DDR, ob nun zu Paris, London, Bonn oder zu anderen Staaten, längst zur innenpolitischen Machterosion entscheidend beigetragen. Die Nouvelle Gauche, die ideologisch verbrämte Darstellung von Frankreich als Land der Revolution, der Diskurs zwischen PS, SED und SPD hatten die Attraktivität linken westlichen Denkens erhöht; die wirtschaftliche Abhängigkeit insbesondere von der Bundesrepublik engte den Spielraum Ostberlins zusätzlich ein; und der in Korb III der Schlußakte von Helsinki versprochene Transfer von Menschen und Informationen, den die Franzosen maßgeblich durchgesetzt hatten, zeigte langfristig Wirkung. Und genau darüber hätte man gerne mehr gewusst: Welche Politik, nicht zuletzt welche Deutschlandpolitik, verfolgten die französischen Regierungen? Sahen sie (wie die Amerikaner) Helsinki als einen "Ersatz-Peace" über die Deutschen und als endgültige Zementierung der Teilung (wie die Briten)? Welche Dynamik und welche Ideen brachte die neue Ostpolitik von Brandt und Bahr in dieses ostdeutsch-französische Verhältnis oder welchen Einfluß hatten de Gaulles deutschland- und europapolitische Konzepte auf die Politik seiner Nachfolger? Gerade im direkten Vergleich zur Analyse der gesellschaftlichen Beziehungen bleibt die Darstellung Pfeils zur Geschichte außenpolitischer Ideen und Strategien und ihres Transfers erstaunlich farblos. Während die Beziehungen zwischen PS, SFIO, SED und SPD ausgiebig analysiert und dokumentiert werden, läßt sich gleiches für die staatliche Ebene leider nicht behaupten. Hierzu gehört ein Gespräch zwischen Brandt und de Gaulle von Anfang 1965, in dem der General dem erfolglosen Kanzlerkandidaten das Tableau einer neuen deutschen Ostpolitik detailliert erläuterte, wie es Brandt dann erst nach den Bundestagswahlen vom September 1969 umzusetzen begann. Hierzu gehört auch die Strategie einer Westernisierung, einer Transformation der DDR, von de Gaulle über Pompidou zu d'Estaing, in die sich die KSZE-Initiative Pompidous nahtlos einreichte. Doch Pfeil läßt genau diese Archivbestände (die Präsidentenpapiere in den Archives nationales) unberücksichtigt, ähnliches gilt auch für den

Umgang mit westdeutschen Beständen wie den Nachlässen und Deposita Kiesingers, Carstens, Bahrs und den Akten im Archiv des Auswärtigen Amtes, von denen lediglich ein Frankreich-Bestand gesichtet worden zu sein scheint. Lücken lassen sich auch in der deutschen und französischen Memoirenliteratur, die manches argumentative Loch hätte füllen können, und in der englischsprachigen Literatur ausmachen. Bedauerlich ist außerdem die ungemein kurze Darstellung der Ereignisse von 1989-90, zu denen es in Bezug auf die Rolle Frankreichs sicher mehr zu sagen gäbe, als Mitterand, Kohl u.a. in ihren Memoiren ausführen. Auch wenn Pfeils Forschungsansatz und Ergebnisse über den derzeitigen Forschungsstand etwa zum ostdeutsch-britischen Verhältnis hinausgehen, kann von einer abschließenden oder umfassenden Untersuchung deshalb keine Rede sein. Auch hier sind weitere Arbeiten – etwa zum vielseitigen Verhältnis mit London während der langen Jahre wiederholter britischer Bemühungen um einen EG-Beitritt oder unter Berücksichtigung der französischen Nuklear- und Statuspolitik – dringend gefragt.

Die von Kerski, Kotula und Wóycicki herausgegebenen Beiträge einer Konferenz der deutsch-polnischen Gesellschaft aus dem Jahre 2001 zu "*den* Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990" in eine fachwissenschaftliche Rezension aufnehmen zu wollen, tut den guten Absichten der Veranstalter und Herausgeber sicher nicht genüge, zeigt aber das auch hier vorhandene weite Feld historiographischer Desiderata. Nur vier von 22 Beiträgen arbeiten überhaupt mit historischen Quellen; selbst Tomala, der eine Übersicht seiner mit vielen Quellen gespickten Erinnerungen gibt, verzichtet auf jegliche Annotationen. Bei Burkhard Olschowsky - dem einzigen Beitrag, der sich um eine historiographische Übersicht der staatlichen Beziehungen bemüht - sind die Quellenangaben teilweise unvollständig; zur Schlüsselphase der bilateralen Beziehungen zwischen 1957 bis 1972 bringt der Beitrag nichts, was Douglas Selvage nicht besser erforscht oder gesagt hätte. Die fünf Teile des Sammelwerkes sind weder betitelt noch in ihrem Zusammenhang irgendwo erläutert. Einer der Mitherausgeber versteigt sich in die gewagte Hypothese, daß die DDR-Bürger – im Gegensatz zu den Deutschen zwischen 1933 und 1945 - zu den Systemopfern zu zählen seien. Warum sollten Historiker diesen Band trotzdem nicht gleich zur Seite legen? Vor allem, weil er eine Vielzahl von Ansätzen für die eigene Forschung aufzeigt. Dies gilt insbesondere für die vielen Beiträge von Zeitzeugen. Die Erinnerungen von Werdin, Mechtenberg und Weiß an die "andere" Rolle der Kirchen für das Verhältnis von (Ost-)Deutschen und Polen sind faszinierend, und nicht nur die darin formulierte Rolle der Aktion Sühnezeichen als "Schule der Opposition" wäre eine historiographische Aufarbeitung – auch und insbesondere für die Perzeption der anderen Nation – wert. Die Aufsätze von Templin, Zariczny und Garsztecki zum ziemlich einseitigen Verhältnis der Opposition in der DDR und in Polen lassen auf möglichst baldige historische Erforschung, etwa im Kontext von Entspannungsära und KSZE-Prozeß, hoffen. Besonders spannend sind die Thesen und individuellen Einsichten zu den Konsequenzen der "kulturellen Andersartigkeit" ab 1965. Die – natürlich – auch unter Beobachtung stehende, aber spürbar freiere Jazz- und Literaturszene Polens vermittelte wohl – so die Thesen von Templin, Szaruga, Beresha und Schmidtendorf – manchem DDRler neue Einsichten über den eigenen Staat. Die Einsicht Heinrich Olschowskys über "die Schriftsteller als die eigentlich gefährlichen Schmuggler" war auch im Westen nicht unbekannt und unerkant geblieben und stellte eine der wesentlichen Axiome von Brandts und Bahrs neuer Ostpolitik dar. Doch wann und wo und in welchem Ausmaß induzierte dieser Kulturtransfer Wandel und welche Art des Wandels war dies? Auch diese Fragen (eine Schlüsselkategorie für die Bewertung der Bonner Ostpolitik seit den siebziger Jahren) harren noch der historischen Analyse. Aufschlüsse darüber könnten unter anderem die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit geben, dessen schwierige Kooperation mit dem polnischen Geheimdienst Monika Tantzschler aus den MfS-Quellen nachzeichnet. Trotz dreier Beiträge die auf den Grenzgewässerstreit zwischen der DDR und Polen in der Pommerschen Bucht zwischen 1985 und 1989 eingehen, scheint die gesamtpolitische Bedeutung dieses Vorganges

für das staatliche Selbstverständnis und die Perzeption des "Bruderstaates" noch nicht abschließend erfaßt zu sein.

Abschließend stellt sich die Frage nach übergeordneten Erkenntnissen aus den hier rezensierten bilateralen Forschungsansätzen zur DDR-Außenpolitik. Um in der anfänglich erwähnten kartographischen Metapher zu bleiben: Es geht nicht nur darum, den neuen Kontinent zu ermessen und seine geographischen Merkmale wie Flüsse und Berge zu erfassen, sondern es geht auch um die Frage: Wo auf der Weltkarte internationaler Beziehungen lag dieser untergegangene Kontinent eigentlich? Die alten Entdecker vermaßen dazu die Konstellation der Gestirne. Im Falle der DDR-Außenpolitik hieße dies, neben den jeweiligen bilateralen Beziehungen auch immer die beiden Fixsterne Sowjetunion und Bundesrepublik mitzudenken. Diese besondere "Bedingtheit" der Außenpolitik der DDR – als Teil einer gespaltenen Nation und in ökonomischer, politischer und militärischer Abhängigkeit von der Hegemonialmacht des Warschauer Paktes – kompliziert notwendigerweise nicht nur das historische Urteil, sondern auch den dazugehörigen Forschungsansatz und –aufwand. Daß die Außen- und Deutschlandpolitik Ulbrichts und Honeckers nicht nur als Funktion Moskauer Vorgaben interpretiert werden kann, haben neuere Forschungen über den Mauerbau, über Ulbrichts Respons auf die neue Ostpolitik, über die Rolle der DDR in der CSSR-Krise und die "Verantwortungsgemeinschaft" Honeckers und Schmidts gezeigt. Freiraum und Einfluß auf Moskau hingen von einer Vielzahl von Faktoren ab, u.a. vom persönlichen Umgang, den Fraktionen in den Politbüros von KPdSU und SED, der internationalen Großwetterlage, dem strategischen Geschick der "schwachen" DDR-Führung, die "starke" UdSSR vor vollendete Tatsachen oder eine gemeinsame Front der kleinen Paktstaaten zu stellen. Dieser eingeschränkten Eigenständigkeit in den internationalen Beziehungen nachzuspüren, bedeutet auch, wichtige Erkenntnisse über die staatlichen Interessen der DDR, ihre außenpolitischen Ziele, das Selbstverständnis von Regierenden und Regierten zu sammeln. Und das ist gerade durch den dazu notwendigen multiarchivalischen und multinationalen Ansatz ein – immer noch – weites und weitgehend unbearbeitetes Feld.

Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *Britain and the GDR – Relations and Perceptions in a Divided World*, Philo Verlag, Berlin 2002, ISBN 3-825-70296-0, 406 S., € 56.

Hans-Georg Golz, *Verordnete Völkerfreundschaft – Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society – Möglichkeiten und Grenzen*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2004, ISBN 3-937-20925-5, XIII und 309 S., € 39.

Henning Hoff, *Großbritannien und die DDR 1955-1973 – Diplomatie auf Umwegen*, Oldenbourg Verlag, München 2003, ISBN 3-486-56737-3, 492 S., € 59,80.

Basil Kerski, Andrzej Kotula und Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*, fibre Verlag, Osnabrück 2003, ISBN 3-929-75976-4, 334 S., € 19,50.

Ulrich Pfeil, *Die "anderen" deutsch-französischen Beziehungen – Die DDR und Frankreich 1949-1990*, Böhlau Verlag, Köln 2003, ISBN 3-412-04403-2, 704 S., € 69,90.

von:

Dr. Oliver Bange
- Projekt "Ostpolitik und Detente,
1966-1975" -
(www.detente.de oder
www.ostpolitik.net)
Historisches Seminar, "Im Schloß"
Universität Mannheim
D-68131 Mannheim